59. Jahrgang No. 123

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Dienstag, 14. März 1911

Erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens, Montags nur abends. **Abonnementspreis** für Gross-Berlin: **20 Pfennig wöchentlich** bzw. **85 Pfennig monatlich** frei ins Haus, vierteljährlich Mark 2.50. Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich Mark 0.90 und vierteljährlich Mark 2.70. **Inseratenpreis** für die Zeile 40 Pfennig, Stellenangebote und Gesuche 30 Pfennig. Kleine Anzeigen: das Wort 6 Pfennig, das fette Ueberschriftwort 15 Pfennig. Redaktion und Haupt-Expedition: SW., Jerusalemer Strasse 46—49.
Chefredakteur: Karl Vollrath, Berlin W.

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung und
farbig illustriertem Witzblatt ULK

Tel.: Amt I, Nr. 10181-10148. Filialen: Prinzenstr. 41, Kottbusserstr. 1, Wienerstr. 1-6, Frankfurter Allee 61—63, Gr. Frankfurterstr. 81, 87, Prenzlauer Allee 84, Schönhauserdamm 1, Schulzendorferstr. 7, Hasenstr. 65, Königstr. 56-57, Rosenthalerstr. 48, Rathenowerstr. 5, Potsdamerstr. 38, Leipzigerstr. 106, Hildebrandstr. 69, Charlottenburg: Tauentzien 5, 5, Kantstr. 54, Schlüterstr. 30; Friedenau-Steglitz: Rheinstr. 30, Gross-Lichterfelde West: Curtiusstr. 1—3; Halensee-Grunewald: Hauptstr. 201, Lichtenberg: Frankfurter Chaussee 139; Pankow: Bornholmerstr. 1; Rixdorf: Berlinerstr. 41; Schöneberg: Hauptstrasse 155; Tegel: Berlinerstr. 50, Weissensee: Berliner Allee 38; Wilmersdorf: Uhlandstr. 38—39.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Die Angst vor der Kirche.

Wie ein roter Faden zieht sich durch alle Reden der Regierungsvertreter über das Verhältnis des Staates zur Kirche die Angst vor der Kirche. Wie ein gebranntes Kind das Feuer scheut, so fürchten sich die preußischen Staatsmänner vor dem Konflikt mit den Prälaten der römischen Kurie, nachdem Fürst Bismarck nicht aus Furcht, sondern um seine Wirtschaftspolitik durchzuführen, im Kulturkampf so unrühmlich die Waffen gestreckt hat. Sie wollen „abwarten", ob der Vatikan sie noch weiter, wie der nationalliberale Redner Dr. Friedberg ihnen flipp und klar gesagt, so „unwürdig" behandelt, ehe sie die Frage in Angriff nehmen, ob ihren Worten endlich Taten folgen sollen. Trotzdem die Redner des Zentrums auch diesmal wieder das Abgeordnetenhaus mit ihren theologischen Erörterungen langweilten, beteuerten die Regierungsvertreter ein über das andere Mal, daß sie sich durchaus nicht in innerkirchliche Fragen einmengen wollen.

Aber wenn sie an kirchliche Dinge nicht rühren wollen, warum bleibt für sie dann die Frage der Trennung von Staat und Kirche undiskutierbar? So lange der Staat mit der Kirche verbunden bleibt, ist es unvermeidlich, daß er sich um die Angelegenheiten des anderen Eheteils kümmert, auch wenn deswegen die „Mutter" Kirche wie eine mürrische Alte zu keifen anfängt.

Beim Modernisteneide hätte der Staat schon längst Uebergriffe der Kirche zurückweisen müssen, wobei es ohne Eingriff in kirchliche Angelegenheiten nicht abgegangen wäre, wenn nicht die römische Kurie die Schlauheit besessen hätte, die katholische Theologieprofessoren an den Universitäten vorweg von der Ablegung des Eides zu dispensieren. Daß der Vatikan dann durch den famosen Brief an den Kardinal Fischer die Dispens tatsächlich wieder aufzuheben versuchte, bewies klar und deutlich, daß es ihm nur darum zu tun war, die formelle Verletzung staatsrechtlicher Bestimmungen zu vermeiden. Wenn er weiterhin durch den Brief an Kardinal Kopp von diesem Versuch wieder Abstand nahm, um nicht die Erregung im deutschen Volke durch seine Hinterhältigkeit noch mehr zu steigern, und wenn er sich damit begnügte, daß die Nichtschwörenden sich gleichen Sinnes mit den Schwörenden erklärten, so war das einigermaßen verständlich. Welch unwürdige Behandlung sich aber die preußische Regierung bei diesem Schaukelspiel der römischen Kurie gefallen lassen mußte, das hat der nationalliberale Abgeordnete Dr. Friedberg überzeugend dargelegt.

Nach den Fakultätsstatuten unterstehen die Theologieprofessoren einzig und allein den staatlichen Behörden und sollen auch nur mit diesen in amtlichen Verkehr treten. Als daher der Erzbischof Melchers von Köln den Bonner Professoren im Jahre 1870 die Unterwerfung unter das neue Dogma der Unfehlbarkeit zumutete, erhoben diese darüber Beschwerde bei dem damaligen Kultusminister v. Mühler, und dieser verbot ihnen geradezu, mit dem Kölner Seelenhirten amtlich zu verhandeln. Die spätere Exkommunikation der ungläubigen Professoren blieb ohne jede staatliche Wirkung.

Dieser Vorgänge wird der Vatikan sich erinnert haben, als er von vornherein die Universitätsprofessoren von der Ablegung des Modernisteneides formell dispensierte. Der Versuch, die Professoren mittels des Briefes an den Kardinal Fischer moralisch zur Ablegung des Eides zu nötigen, und der Entschluß, sich, als dies aufgegeben werden mußte, mit der Erklärung der Professoren, daß sie sich mit den Schwörenden eins wüßten, zu begnügen, verrät klar und deutlich, daß nur die staatsrechtliche Lage der Universitätsprofessoren die Dispensation verursacht hat, zumal, wie von verschiedenen Seiten mit Recht bemerkt wurde, an sich die Universitätsprofessoren an erster Stelle berufen waren, den Eid zu leisten.

Die Regierungen hätten also gleich von vornherein Gelegenheit gehabt, der römischen Kurie in den Arm zu fallen, sobald diese nur mit der Zumutung, zu schwören, an die Theologieprofessoren der Universitäten herangetreten wäre. Noch nachhaltiger hätte der Eingriff in die kirchliche Sphäre geschehen müssen, wenn die Bischöfe gegen eidweigernde Universitätsprofessoren gemäß den Fakultätsstatuten hätten Klage auf Entfernung aus dem Amte erheben wollen. Da die Statuten eine solche Entfernung aus dem Amte nur dann vorsehen, wenn die Angeschuldigten sich eines Verstoßes gegen die katholischen Glaubens- und Sittenlehren schuldig machen oder sonstwie in sittlicher Beziehung Aergernis geben, so hätte das Disziplinarverfahren gegen die Beschuldigten vor dem für solche Fälle vorgesehenen staatlichen Gerichtshof eröffnet werden müssen, auf den die Kirche gar keinen Einfluß hat, und der trotzdem unabhängig über die Ketzerei oder die sittliche Verfehlung der Beklagten entscheidet. Gegen das Urteil des Disziplinargerichtshofes steht den Parteien nur der Rekurs an das Staatsministerium zu, das endgültig entscheidet. Typisch für solche Fälle ist der Prozeß des Theologieprofessors Dr. Baltzer zu Breslau, der im Jahre 1864 mit der Abweisung der Klage des Fürstbischofs Förster durch beide Instanzen endete. Baltzer blieb im vollen Besitz seiner Amtsrechte, und dem Fürstbischof blieb nur das Verbot seiner Vorlesungen an die von seiner Gnade abhängenden Studierenden.

Etwas anders als an den theologischen Fakultäten der preußischen Universitäten steht allerdings die Sache an der neuen Fakultät zu Straßburg i. E. Dort hat das unselige Hertlingsche, von Bülow in der Zeit seiner Duzfreundschaft mit dem Zentrum abgeschlossene Kompromiß die Theologieprofessoren zu bischöflichen Seminarlehrern herabgedrückt, denn sobald der Bischof eine Ketzerei bei einem Professor festgestellt hat, ist die Reichsregierung verpflichtet, ihn seiner amtlichen Funktionen unter Belassung von Titel, Rang und Gehalt zu entkleiden und einen Ersatzmann zu stellen. Nun will es die Ironie des Schicksals, daß in Straßburg für das kommende Studienjahr der in Rom schon längst im Verdacht des Modernismus stehende katholische Theologieprofessor Ehrhard zum Rektor der Universität gewählt worden ist, nachdem er seinem Vorgänger feierlich versprochen hat, den Modernisteneid nicht zu leisten. Seine Kollegen haben sämtlich den Eid geschworen, allein Ehrhard, der schon 1907 eine vernichtende Kritik an der Modernistenenzyklika Pascendi gehalten hat, wofür ihm Pius X. den Prälatentitel entzog, würde an sich selbst das Harakiri vollziehen, wenn er sein Versprechen nicht halten wollte. Und die Hierarchie hat nicht den Mut, in diesem Falle konsequent zu sein, da der Vatikan verkündet hat, mit den deutschen Universitätsprofessoren zufrieden sein zu wollen, wenn alle mit den Schwörenden gleichen Sinnes zu sein bekennen.

Auch an den bayerischen Universitäten gibt es noch aufrecht stehende Männer, die sich mit den Schwörenden nicht solidarisch erklärt haben. Von der Münchener Fakultät hat etwa die Hälfte der Mitglieder freiwillig geschworen, der Kirchenhistoriker Professor Dr. Knöpfler jedoch, aus dessen wissenschaftlichem Seminar die drei jüngst auf den Index der verbotenen Bücher gesetzten Schriften des eidweigernden Dillinger Subregens Dr. Franz Wieland hervorgegangen sind, gehört dazu nicht. In Würzburg haben die Freunde und Verteidiger des unglücklichen Schell, der Kirchenhistoriker Merkle, der den Jesuiten Berlichingen moralisch hingerichtet und auf dem letzten Berliner Historikerkongreß einen von den waschechten Ultramontanen verketzerten Vortrag zur Rechtfertigung der Aufklärungszeit gehalten hat, und der Dogmatiker Kiefl weder geschworen noch mit den Schwörenden sich identifiziert. Die Verhältnisse liegen dort ähnlich wie an den preußischen Universitäten, aber die Kirche wagt nicht vorzugehen, ob aus Furcht vor der öffentlichen Meinung oder weil sie den Konflikt mit den Regierungen scheut, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls sollte eine selbstbewußte Regierung nicht die knischlotternde Angst vor der Kirche haben, wie sie in der Debatte über den Modernisteneid zutage getreten ist.

Kurze Chronik.

• Zum Oberpräsidenten der Provinz Westfalen ist der Regierungspräsident Dr. Prinz von Ratibor in Koblenz ernannt worden.

Der deutsche Gesandte v. Reichenau in Belgrad hat dem König von Serbien sein Abberufungsschreiben überreicht.

• Im englischen Unterhause trat der radikale Ponsonby für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen England und Deutschland ein.

• In Nordmexiko wurden verschiedene Städte von den Insurgenten belagert; die Lage ist für die Einwohner sehr traurig.

In Charbin ist am Sonntag kein Todesfall an Pest vorgekommen.

• Näheres im Text des Blattes.

Das Wahlgeheimnis.

Nachdem gestern im Reichstage des neunzigsten Geburtstages des bayerischen Prinzregenten Luitpold gedacht worden war und Herr Dr. Stresemann von den Nationalliberalen sich über Zollfragen sowie über das Thema „Hausabund und Landwirtschaft" geäußert hatte, erhob sich der Staatssekretär Dr. Delbrück, um ausführlich auf alle bei dem Etat des Reichsamtes des Innern angebrachten Beschwerden zu antworten; er hielt so etwas wie eine Programmrede.

In den Ausführungen des Staatssekretärs interessierten vor allen Dingen die „ernstesten Besorgnisse", die er für das Zustandekommen der großen sozialpolitischen Gesetze hegt; mit anderen Worten: die Regierung erwartet nicht mehr eine Fertigstellung der Reichsversicherungsordnung. Herr Delbrück warnte weiter vor dem übertriebenen Reglementieren; er versicherte, daß die Regierungen den Fragen des Mittelstandes unausgesetzt ihre Aufmerksamkeit widmen. Recht optimistisch wies der Staatssekretär darauf hin, daß die Klagen wegen Ueberschreitung des Vereinsgesetzes im Abnehmen begriffen seien.

Unter allgemeiner Aufmerksamkeit, besonders der Linken, wandte sich endlich Dr. Delbrück den in Ostelbien von Konservativen und Agrariern mit Vorliebe geübten unlauteren Manipulationen zur Durchbrechung des Wahlgeheimnisses und der Kontrolle der Wähler zu. Er stellte unter lebhaftem Beifall fest, „daß es unanständig ist, wenn Wahlvorsteher sich dazu hergeben, durch künstliche Manipulationen das gesetzlich garantierte Wahlgeheimnis zu durchbrechen". Da er aber ein Gesetz zwecks Einführung einheitlicher amtlicher Wahlurnen nicht aus notwendig anerkannte, werden gewisse Leute diesen Vorwurf der Unanständigkeit an ihrer Rhinozeroshaut abprallen lassen und munter weiter in Zigarrenkisten und Suppenschüsseln die Wahlkuverts auftapeln und ihre Kontrollisten führen. Will die Regierung das Wahlgeheimnis sichern, so muß sie diesen Leuten ganz anders kommen. Die Beratung wird heute fortgesetzt.

Russische Kriegsdrohung an China.

(Telegraphischer Bericht.)

Petersburg, 13. März.

Die „Birchewja Wjedemosti" erfährt im Ministerium des Aeußern, **die letzte chinesische Note** habe hier einen **ungünstigen Eindruck** hervorgerufen. Die Chinesen machten erneut Schwierigkeiten bezüglich der Fragen der Errichtung russischer Konsulate und des Teehandels außerhalb der chinesischen Mauer. **Sehr ernste, bereits vorbereitete Ereignisse** ständen in der nächsten Zeit bevor.

Die deutsch-englischen Beziehungen im Unterhause.

(Telegraphischer Bericht.)

London, 13. März.

Im Unterhause beantragte der Abgeordnete Ramsey Macdonald (Arbeiterpartei) die folgende Resolution: Das Haus betrachtet mit Beunruhigung das enorme Anwachsen der Ausgaben für das Heer und die Flotte während der letzten Jahre und ist der Ansicht, daß diese Ausgaben vermindert werden sollten. Macdonald wies bei der Begründung seiner Resolutionen auf das fortschreitende Anwachsen der Ausgaben für Flotte und Heer während der letzten sechzehn Jahre hin und fragte, welcher Art die vom Ausland drohende Gefahr sei, daß sie die Fortsetzung solcher Ausgaben rechtfertige. Er führte in seiner Begründung weiter aus, daß die Flotte stärker sei, als es der Zweimächtestandard erfordere. Großbritannien sollte in der Verminderung der Rüstungen ein Beispiel geben. Der Radikale Ponsonby unterstützte die Resolution und erklärte, daß alle nicht zu rechtfertigenden Ausgaben für Rüstungen nicht nur eine Belastung der Steuerzahler, sondern eine ernste Herausforderung an fremde Nationen seien. Das ganze Machwerk der Berechnungen Mac Kennas im Jahre 1909 sei zusammengebrochen, aber die darauf gegründete Politik sei geblieben. Gerade die Tatsache, daß trotz des Schreckens Deutschland in so freundlichen Beziehungen mit England geblieben sei, beweise, daß Englands freundliche Beziehungen mit Deutschland tief eingewurzelt und gesund seien. Er freue sich, daß Aussicht vorhanden sei, die **Beziehungen mit Deutschland auf einen besseren Fuß zu bringen.** Ponsonby nahm auf die kürzlichen Reden des Admirals v. Tirpitz und des Abgeordneten Schrader Bezug und richtete die dringende Aufforderung an Sir Edward Grey, er möge jede Gelegenheit ergreifen, um Deutschland Freundlichkeiten zu zeigen. Der liberale King beantragte hierauf das folgende Amendement: Das Haus bedauert das Fortbestehen der Aufrechterhaltung großer Rüstungen und würde die Herbeiführung einer internationalen Vereinbarung für die Beschränkung der Rüstung gen willkommen heißen.

Der Erste Lord der Admiralität Mac Kenna sagte: Ponsonby hat das Bezugnehmen auf Deutschland und die deutsche Flotte in dieser Debatte gemißbilligt. Ich kann ihm die Versicherung geben, daß es absolut unmöglich ist, auf an mich gestellte Fragen zu antworten oder die Politik der Admiralität zu erläutern, wenn nicht auf fremde Flotten Bezug genommen wird. Wir geben den Rat, Schiffe in solcher Anzahl zu bauen, daß die britische Flotte in den Stand gesetzt wird, in allen möglichen Fällen unsere Freiheit auf der Hochstraße des Ozeans zu sichern.

Panik in Nordmexiko.

(Telegraphischer Bericht.)

New-York, 13. März.

Nach einem Telegramm aus El Paso herrschen in **Nordmexiko panikartige Zustände.** Die Insurgenten in den Staaten Chihuahua und Sonora zerstören Eisenbahnen und Telegraphenleitungen und belagern zahlreiche Städte, in denen sich Tausende von Frauen und Kindern ohne Nahrung und in hilfloser Lage befinden. Nach einer Meldung aus anscheinend zuverlässiger Quelle sind in dem letzten Kampfe bei Casas Grandes fünfzehn Amerikaner getötet und siebzehn gefangen genommen worden. Telegramme aus der Hauptstadt Mexiko geben Gerüchte wieder, nach denen die Landpolizei am Sonnabend 120 Insurgenten bei San Bartolito aufgerieben habe, von denen 50 Mann gefallen seien. Die Lage in Chihuahua ist sehr traurig, zahlreiche Industrien stehen still.

Die Absicht der mexikanischen Regierung, das Standrecht zu verhängen, hat die Insurgenten zu der Erklärung veranlaßt, in diesem Falle dürften sie keinen Pardon mehr geben. Es werden verschiedene Scharmützel gemeldet, die, nach Meldungen aus der Stadt Mexiko, für die Rebellen ungünstig verliefen. Eine Bestätigung liegt noch nicht vor.

Der neue Oberpräsident von Westfalen. Wie offiziös gemeldet wird, ist zum Oberpräsidenten der Provinz Westfalen an Stelle des verstorbenen Staatsministers v. d. Recke der Regierungspräsident Dr. jur. Prinz Karl von Ratibor und Corvey, Prinz zu Hohenlohe-Schillingsfürst, in Koblenz, und zum Regierungspräsidenten in Köslin, an Stelle des in den Ruhestand tretenden Freiherrn v. Funck der Geheime Oberregierungsrat und vortragende Rat im Ministerium des Innern Dr. jur. Drews in Berlin ernannt worden.

Der neue Oberpräsident von Westfalen Prinz Karl von Ratibor ist ein jüngerer Bruder des Herzogs von Ratibor. Der im 51. Lebens-